

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 597) betreffend "Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth" (Zahl 21 - 418) (Beilage 639).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth", in ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 09. November 2016, beraten.

Landtagsabgeordneter Molnár wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Molnár einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Molnár gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth", unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Molnár beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 09. November 2016

Der Berichterstatter:

Molnár eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Dr. Rezar eh.

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 9. November 2016

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Manfred Kölly,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 418, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth

Eine erhebliche Anzahl von Burgenländerinnen und Burgenländer arbeitet in anderen Bundesländern, besonders in der Bundeshauptstadt Wien. Für diese Pendlerinnen und Pendler ist jede Verringerung der Fahrzeiten vom Burgenland nach Wien eine Erhöhung der Lebensqualität.

Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch die Errichtung einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth kann neben anderen infrastrukturellen Maßnahmen hier zu wesentlichen Verbesserungen im Lebensalltag der nach Wien pendelnden Burgenländerinnen und Burgenländer führen. Nicht zuletzt kann auch die Landeshauptstadt Eisenstadt durch beschleunigende Maßnahmen mit der Bahn wesentlich besser an Wien angebunden werden.

Der Bau einer Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth ist - wie der Bau der Schleife Eisenstadt und der zweigleisige Ausbau der „Pottendorfer Linie“ in Niederösterreich - Voraussetzung, um eine Fahrzeit Eisenstadt – Wien von unter 45 Minuten und die Implementierung eines Taktfahrplans zu ermöglichen. Im rechtsverbindlichen Rahmenplan der ÖBB ist der Bau der Eisenbahnschleife beim Bahnhof Ebenfurth bereits vorgesehen und somit als wichtiges Projekt der ÖBB Infrastruktur AG hinterlegt.

In der von der Burgenländischen Landesregierung beschlossenen Gesamtverkehrsstrategie Burgenland ist die Errichtung der Eisenbahnschleife Ebenfurth unter dem Umsetzungsfeld „Direkte Verbindungen in die Zentren“ vorgesehen.

Diese Eisenbahnschleife ist zwar auf niederösterreichischem Landesgebiet zu errichten, kommt aber ausschließlich Fahrgästen aus bzw. Richtung Burgenland zu Gute. Es wird daher auch seitens des Landes Burgenland ein entsprechender Finanzierungsbeitrag zu übernehmen sein.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Landtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und der ÖBB Infrastruktur AG dafür einzutreten, den Bau der Eisenbahnschleife voranzutreiben und rasch die Planungsarbeiten zu beginnen. Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel soll eine finanzielle Beteiligung seitens des Landes Burgenland in Aussicht gestellt werden.